

SCHWARZ-GELB

Freudlos, ziellos – und wenig bürgerlich

Union und FDP haben beim Regieren etliche Fehler gemacht. Aber ihre Probleme sind noch weitaus größer. Franz Walter zieht eine Halbzeitbilanz.

von Franz Walter | 17. Oktober 2011 - 15:05 Uhr



Die Kanzlerin und ihr Vize im Bundestag: Angela Merkel und Philipp Rösler

"Schalalalala": Mit diesem Kampf-Refrain begrüßte das jungliberale Bürgertum am Wahlabend 2009 die neue parlamentarische Mehrheit des altbürgerlichen Lagers im Bundestag. Als ihr Held den Saal betrat, waren weniger bürgerliche Dezenz als plebejische Stadiongesänge angesagt: "So sehen Sieger aus!", grölten sie siegestrunken Guido Westerwelle zu.

FRANZ WALTER

lehrt Politikwissenschaft an der Universität Göttingen. Der Text ist die gekürzte und überarbeitete Version eines Buchaufsatzes. Erstmals erschienen ist er in: Kallinich, Danilea / Schulz, Frauke: "Halbzeitbilanz. Parteien, Politik und Zeitgeist in der schwarz-gelben Koalition 2009-2011", Ibdem-Verlag.

Schon wenige Wochen später war den bürgerlichen Chören nicht mehr nach Triumphgeheul zumute. Es waren zwei freudlose erste Jahre für das vermeintliche Traumpaar Merkel-Westerwelle. Bald ätzte von links bis rechts die Medienwelt: Gurkentruppe, Rumpelverein, Chaosmannschaft. Die Chiffre von der "Wunschkoalition" rief nur noch Spott hervor. Die traurigen Zustimmungswerte für CDU/CSU und FDP wurden auf die nicht minder traurige Bilanz ihres Regierungshandelns zurückgeführt.

Aber tatsächlich reicht die Malaise tiefer, lag auch länger zurück. Vollmundig hatten die schwarz-gelben Spitzenpolitiker versprochen, eine neue gesellschaftlich-politische Ära einzuleiten. Alle ihre Vorgänger hatten das getan. Und immer hat das Publikum zunächst daran geglaubt. Tatsächlich aber haben in der bundesdeutschen Geschichte neue Regierungen selten wirklich soziale oder gesellschaftliche Umbrüche eingeleitet. Meist haben sie lediglich längst begonnene, weit fortgeschrittene Prozesse in Rechtsformen gegossen und so zum Abschluss gebracht.

Die frühen Kohl-Jahre standen für Friedensdemos und Umweltschutz

Schon die großen "inneren Reformen" – als Replik auf den patriarchalischen Konservatismus der Adenauer-Ära – begannen nicht erst 1969. Willy Brandt setzte als Kanzler lediglich einen Verlauf fort, der irgendwann in den frühen 1960er Jahren begonnen hatte. Auch die geistig-moralische Wende von Helmut Kohl erfolgte nicht erst 1982. Schon unter Helmut Schmidt waren in den frühen 1970er Jahren neokonservative Ideen auf wachsende Resonanz gestoßen.

Unter Kohl dann erlebte die Republik keineswegs ein restauratives Comeback alter Werte. Die 1980er Jahre wurden vielmehr zum Kulminationspunkt rot-grüner und postmaterieller Mentalitäten. Radwege, multikulturelle Stadtteilstädte, Friedensdemos, Umweltschutz – all das waren die frühen Kohl-Jahre. Als Rot-Grün dann 1998 an die Macht gelangte, war das Projekt weitgehend realisiert. Stattdessen bekam die Regierung es nun mit der Neustrukturierung des Arbeitsmarktes zu tun – die Agenda 2010 wurde geboren. SPD und Grüne mussten jetzt das Gegenteil von dem beschließen, wofür sie zuvor über dreißig Jahre geworben hatten.

2009 kam alles noch direkter, noch brutaler, noch schneller. Ein gewichtiger Teil des Bürgertums hatte die FDP tatsächlich wegen ihres Kernslogans "Steuersenkung" gewählt. Doch dann dominierte in der Öffentlichkeit ganz und gar der Schuldenabbaukurs, in den sogar zuvor noch strikt neoliberale Ökonomieprofessoren und Wirtschaftsredakteure einstimmten. Der FDP unterliefen zwar auch die üblichen Anfangsfehler einer neuen Regierungspartei. Aber entscheidend war, dass die Erfolgshetorik der Liberalen aus dem Sommer 2009 bereits im Herbst des gleichen Jahres wie ein tönchtes Narrativ erschien, gänzlich aus der Zeit herausgefallen. Durch die jähe Entzauberung stand die FDP nun als Ein-Themen-Partei ohne Slogan oder Erzählung dar, sie war zur Null-Themen-Partei geschrumpft.

Politik ohne Erzählung trivialisiert, verliert an Spannung und Bedeutung. Sie produziert Leere, führt zur Ziellosigkeit und mündet schließlich in Paralyse und Apathie. CDU und FDP hatten spätestens im Vorfeld der Landtagswahl in Baden-Württemberg im vergangenen März das Stadium der richtungslosen Betriebsamkeit erreicht. Die *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* kommentierte: Die Koalition hat "so viel Ballast abgeworfen, dass ihre Abgeordneten sich selbst nicht wiedererkennen. Von der so oft beschworenen Orientierung an christlichen und liberalen Werten bleibt nur noch Orientierungslosigkeit."

Auch und gerade die CDU ist von dieser Orientierungslosigkeit betroffen. Sie, die große Volkspartei und Weichenstellerin der alten Bundesrepublik, hatte ihr Selbstbewußtsein lange daraus gezogen, dass sie Mehrheit und Mitte der Gesellschaft hinter sich wähnte. Wie keine zweite Partei stand sie für den "Rheinischen Kapitalismus", für die Konsens- und Mittelstandsgesellschaft. Von Adenauer bis Kohl bewarb sie als kämpferische Allianz Religion, Familie, Ordnung und Heimat. Zuverlässig scharte sie das Wahlvolk von Mitte bis rechts hinter sich.

Diese Sicherheit aber ist fort. Die neuen Mittemilieus der Republik leben weder kulturell noch politisch im Einklang mit der Christdemokratie. Begonnen hatte dieser Prozess schon früher: Während der 1990er Jahre zerfiel die christdemokratische Wählerschaft in gegensätzliche Mentalitäten und Einstellungen. Das bürgerliche Lager spaltete sich auf, nach Generationen, Lebensstilen und Wertvorstellungen. Der Union misslang es zunehmend, einen Wertebogen vom klassischen Sozialkatholizismus über die verblässende Deutschnationalität bis hin zum global changierenden Individualbürgertum der jungen Generation zu schlagen. Sie konnte nicht mehr mit der selbstverständlichen Mehrheitsfähigkeit ihres Wertekanons rechnen.

Im Gegenteil. Gerade explizite Lagerwahlkämpfe gingen jetzt reihenweise verloren. Als es der CDU dämmerte, griff sie auf die Taktik der asymmetrischen Demobilisierung zurück. Hatte man selbst Probleme mit der Wähler-Aktivierung, dann durfte man wenigstens dem Gegner nicht zu viele Steilvorlagen liefern. So enteigneten sich die Union gewissermaßen selbst.

Wurschtiger Umgang mit Guttenberg

Wie strittig die klassischen Bürgertumswerte gerade zwischen den Generationen im christdemokratischen Anhang geworden sind, zeigte sich exemplarisch an der Guttenberg-Affäre. Der damalige Verteidigungsminister hatte das geistige Eigentum anderer Bürger enteignet und so ein exklusives Leistungszertifikat erworben. Das war unehrbar, unanständig, kurz: durch und durch unbürgerlich. Aber die Kanzlerin und viele weitere Christdemokraten gingen in ihren ersten Reaktionen denkbar wurschtig damit um. Andere, gerade die bürgerlichen Zeitungen, aber beehrten auf. Guttenberg drohte das Kapital der akademisch-arrivierten Mittelschicht, gleichsam Kern ihres Stolzes und Basis vieler Privilegien, zu entwerten. Das ging zu weit.

Andere CDU-Politiker streiften dagegen plötzlich ihre Verpflichtungen ab. 2010 waren es Männer der CDU, die ihre Mandate hinwarfen, als wären es belanglose Karnevalsorden oder beliebige Sportabzeichen. Ole von Beust, Roland Koch und sogar Bundespräsident Horst Köhler – sie alle wollten nicht mehr im Amt ausharren, das ihnen kurz zuvor zum wiederholten Male anvertraut worden war. Für Christdemokraten alten Schlages musste das Kapitulation und Verrat bedeutet haben. Genuine Konservative verachteten Libertinage, Hedonismus und Toskana-Vergnüglichkeit.

In der verbliebenen Führungsspitze der CDU/CSU hat sich die Überzeugung festgesetzt, dass die Zeit für konservative Narrative vorbei ist. Gerade die Merkel-CDU hat ihren nüchternen Pragmatismus und ihre Nicht-Weltanschaulichkeit explizit herausgekehrt.

Die Kanzlerin hat oft gezeigt, dass sie den Konservatismus früherer Kerngruppen für überkommenen Ballast hält, den man nur aus taktischen Gründen für ein paar Jahre "mitnimmt".

Auch der Gegner hat sich verändert

Unterdessen hat sich der politische Gegner ebenfalls gewandelt. Die früher straßenkämpferischen Grünen verbürgerlichten durch und durch, wurden von Revoluzzern zu Wahren. Konservative Menschen fanden allmählich Gefallen an der neuen Partei der Nachhaltigkeit. Während die prominenten Figuren der CDU die Freiheiten eines aller Zügel entledigten Individualismus frönten, erweckten die alten linken Gegner mit 68er-Prägung den Eindruck, sie hätten dies alles längst hinter sich gelassen und ungemein an Bodenhaftung gewonnen.

So ging der CDU eine ganze Kohorte in einst pechschwarzen Regionen und christdemokratischen Hochburgen von den Fahnen – im Frühjahr 2011 hin zu den Grünen. Eine Erosion der klassischen Milieus, wie oft behauptet, hatte dabei keineswegs stattgefunden. Allein: Das Milieu hatte sich verändert. Und Schwarz-Gelb hat es ignoriert. *Franz Walter lehrt Politikwissenschaft an der Universität Göttingen . Der Text ist die gekürzte und überarbeitete Version eines Buchaufsatzes. Erstmals erschienen ist er in: Kallinich, Danilea / Schulz, Frauke: "Halbzeitbilanz. Parteien, Politik und Zeitgeist in der schwarz-gelben Koalition 2009-2011", Ibidem-Verlag.*

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-10/halbzeit-bundesregierung-bilanz-franz-walter>